



Städte- und Gemeindebund Brandenburg, Stephensonstr. 4, 14482 Potsdam

An
Presse – Funk – Fernsehen
Redaktion Landespolitik Brandenburg

Per E-Mail

Der Geschäftsführer

Stephensonstraße 4
14482 Potsdam
Telefon: 03 31 / 7 43 51-0
Telefax: 03 31 / 7 43 51-33
E-Mail: mail@stgb-brandenburg.de
Internet: <http://www.stgb-brandenburg.de>
Datum: 2015-06-03
Aktenzeichen: 406-00
Auskunft erteilt: Karl-Ludwig Böttcher

Städte- und Gemeindebund Brandenburg weist Äußerungen von Minister Görke zum Kita-Streik zurück

(Potsdam) Der Städte- und Gemeindebund Brandenburg hat die jüngste Äußerung von Finanzminister Görke zum Kita-Streik als populistischen Schnellschuss zurückgewiesen. „*Die Städte und Gemeinden setzen in Gestalt der kommunalen Arbeitgeberverbände derzeit alles daran, eine Einigung in den Tarifverhandlungen zu erzielen.*“ sagte **Karl-Ludwig Böttcher**, Geschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg.

Der Finanzminister hatte die Forderungen der Beschäftigten nach einer finanziellen Aufwertung der Sozial- und Erzieherberufe unterstützt und die Tarifparteien zu einer schnellen Einigung aufgefordert.

„*Wir fordern die Landesregierung auf, dieser Haltung eigene Taten folgen zu lassen. Denn seit Jahren sinkt der Anteil des Landes an den Kosten eines Kita-Platzes in Brandenburg.*“ stellte **Böttcher** klar.

Die Landesregierung weigerte sich zudem, die Tarifierhöhungen im Sozial- und Erzieherdienst im Rahmen des Kostenausgleichs für die Verbesserungen des Kita-Personalschlüssels im Jahre 2010 zu berücksichtigen. „*Den Städten und Gemeinden waren dadurch landesweit ca. 13 Mio. € jährlich vorenthalten worden. Erst vor dem Landesverfassungsgericht konnten die Rechte der Gemeinden durch die erfolgreiche kommunale Verfassungsbeschwerde der vier kreisfreien Städte durchgesetzt werden*“ erinnerte **Böttcher** an das Urteil des Gerichts vom 30. April 2013.

Der Verband appellierte an die Verantwortung des Finanzministers, die vom Bund zur Verfügung gestellten Bundesmittel für die Kita-Betriebskosten an die Kommunen weiterzuleiten. Im Zeitraum von 2008-2014 hat der Bund insgesamt 79 Mio. € bereitgestellt, ab 2015 jährlich 35 Mio. € „*Es ist ein Skandal, dass es bisher alle Bildungs- und Finanzminister zugelassen haben, dass diese Kita-Mittel im Landeshaushalt versickern und nicht dort ankommen, wo sie dringend gebraucht werden.*“, kritisierte **Böttcher**.

(2069 Zeichen)